

## **AK gegen Studiengebühren an Fachhochschulen**

Linz (AKO) "Die vom neuen Präsidenten des Fachhochschulrats, Böhler-Uddeholm-Chef Claus Raidl, empfohlene Einhebung von Studiengebühren an Fachhochschulen ist bildungs- und arbeitsmarktpolitisch absolut kontraproduktiv", stellt Arbeiterkammer-Präsident Hubert Wipplinger fest.

"In vielen Bereichen herrscht derzeit erheblicher Fachkräftemangel. Die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmern ist stark, vor allem auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien. Mit zusätzlichen Barrieren beim Zugang zu höherer Bildung kann der Fachkräftemangel sicherlich nicht behoben werden. Im Gegenteil: Studiengebühren sind kontraproduktiv", ist Wipplinger überzeugt.

Da der Fachhochschulrat über die Genehmigung neuer sowie die Verlängerung bestehender Studiengänge entscheidet, kommt den Vorstellungen der Fachhochschulratsführung besondere Bedeutung zu. "Fachhochschulträger werden sich diesen Empfehlungen nur schwer entziehen können", so die Bildungsexperten der oberösterreichischen Arbeiterkammer.

Unter dem Vorwand eines höheren Leistungsanreizes beziehungsweise einer verstärkten Konkurrenz unter den verschiedenen Anbietern soll mit der Einführung von Studiengebühren offensichtlich ein Abschreckungseffekt erzielt werden, um damit die ungebremst hohe Nachfrage nach FH-Studienplätzen einzudämmen.

Wie von der AK im Rahmen ihrer Qualifizierungsoffensive gefordert, muss das Land Oberösterreich den Ausbau und die Einrichtung neuer FH-Studiengänge (im Herbst 2000 mussten drei von vier geeigneten Bewerbern an FH-Schulen abgewiesen werden) vorantreiben und von Studiengebühren absehen. Derzeit liegt Oberösterreich in Bezug auf Fachhochschulplätze leider nur an vorletzter Stelle und läuft damit Gefahr, den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel zu verpassen.

"Jungen Menschen werden durch den Mangel an Ausbildungsplätzen an HTLs und Fachhochschulen und Studiengebühren berufliche Chancen in zukunftssträchtigen Berufen verwehrt, während beispielsweise an den pädagogischen Akademien, deren Absolventen mit äußerst schlechten

Arbeitsmarktchancen konfrontiert sind, die Frage der Einführung von Studiengebühren kein Thema ist", zweifeln die AK-Bildungsexperten an der Existenz eines bildungspolitischen Konzepts von Regierung und zuständigen Behörden.

Rückfragehinweis: Arbeiterkammer Oberösterreich

Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: (0732) 6906-2182  
presse@ak-ooe.at  
<http://www.arbeiterkammer.com>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0079 2001-01-15/10:29

151029 Jän 01

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20010115\\_OTS0079](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010115_OTS0079)